

Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [50 Jahre Helsinki-Akte: Erwartungen, Realität und Zukunft](#)
2. [Johannes Varwick: Wieso ich im Ukraine-Krieg weiter auf Verhandlungen setze](#)
3. [Gegen den Genozid](#)
4. [Bundesamt: „Keine Neubewertung der wirtschaftlichen Entwicklung“ – nur die längste Rezession aller Zeiten übersehen](#)
5. [Wie Europa in die Knie ging: Balanced Trade oder Merkantilismus?](#)
6. [Schuldenmachen für die Kriegstüchtigkeit: Es gibt kein Halten mehr](#)
7. [Gefährliche Bürgergeld-Debatte: Populisten spielen „Fleißige“ gegen „Faule“ aus](#)
8. [Nachhaltige Rentenmärchen](#)
9. [Vorstandsgehälter: "Schere geht weiter auseinander"](#)
10. [Herr Klingbeil, gehen Sie mal ins Ruhrgebiet - Zweifel an der SPD](#)

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **50 Jahre Helsinki-Akte: Erwartungen, Realität und Zukunft**

Der 80. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg und im Zweiten Weltkrieg im Jahr 2025 ist für uns Anlass, uns an die Bedeutung des Friedens zu erinnern, der unsere Vorfahren so viel gekostet hat, und ihn erneut zu bekräftigen. Wir müssen uns auch bewusst sein, wie fragil diese Friedensarchitektur ist. Tatsächlich hängt ihre Integrität von der Fähigkeit der Länder und ihrer Völker ab,

koordinierte gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen. Im Jahr 1945, dem Jahr des Sieges, erkannten die Großmächte die Notwendigkeit, ihre Differenzen zum Wohle der gesamten Menschheit zu überwinden. Dies ebnete den Weg für die Gründung der Vereinten Nationen als eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Vision. Tatsächlich sind die in der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Ziele und Grundsätze bis heute relevant und stehen im Einklang mit der Realität einer sich herausbildenden multipolaren Weltordnung.

Es gibt jedoch noch ein weiteres internationales Ereignis, das sich vor genau 50 Jahren ereignete und dessen Gedenken würdig ist. Damals wurde die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) unterzeichnet. Sie wurde zu einem Meilenstein für die Konsolidierung der Nachkriegsarchitektur auf der Grundlage des Rahmens, der aus den Konferenzen von Jalta und Potsdam hervorgegangen war.

Quelle: [Seniora.org](https://seniora.org)

dazu: **Es gibt keine Sicherheit im Zeitalter ungelernter Lektionen: Feindschaft im Atomzeitalter, US-Hegemonie, Ukraine-Krieg**

Im Frühjahr erregte der US-Abgeordnete Walberg (Republikaner) Aufsehen. Er verknüpfte Russland, China und Nordkorea als Unterstützer der Hamas und sagte, man solle den Gaza-Streifen „schnell erledigen“. So wie Hiroshima und Nagasaki. Humanitäre Hilfe lehnte er ab.

[Al Jazeera hatte das Video.](#)

Walberg ruderte zurück. Er habe nur eine Metapher benutzt, [berichtete die Times of Israel.](#)

Normalerweise werden die USA nicht gern daran erinnert, dass sie Hiroshima und Nagasaki atomar zerbombten. Die Berliner Linken verzichteten in [ihrer Stellungnahme zum 80. Gedenktag der atomaren Zerstörung Hiroshimas auf die Benennung des Täters.](#)

Die Frankfurter Rundschau konnte sich auch nicht umgehend erinnern, wer damals der Täter war.

Quelle: [Petra Erler](#)

dazu auch: **Mützenich fordert scharfe Reaktion auf Trumps Atomdrohungen**

»Mit dem Einsatz von Atomwaffen spielt man nicht«: Ex-SPD-Fraktionschef Mützenich wirft US-Präsident Trump vor, im Streit mit Russland »dreist und dümmlich« zu agieren. Deutschland müsse hart widersprechen.

Der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich zeigt sich besorgt angesichts der gegenseitigen Atomdrohungen von US-Präsident Donald Trump und Russland. Der

verbale Schlagabtausch zwischen Trump und dem ehemaligen Präsidenten Dmitrij Medwedew sei »nicht nur unsensibel und leichtfertig, sondern unverantwortlich«, sagte Mützenich dem SPIEGEL. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki vor 80 Jahren im August 1945.
Quelle: [DER SPIEGEL](#)

und: **Der Wahnsinn als Normalität - Und unser Leben ist keinen Pfifferling wert**

Medwedew und Trump: Zwei Streithähne entscheiden, ob die Zivilisation auf diesem Globus verschwindet oder gar die Menschheit ausstirbt.

Quelle: [Overton Magazin](#)

2. **Johannes Varwick: Wieso ich im Ukraine-Krieg weiter auf Verhandlungen setze**

Wer wie Michael Angele in seinem Beitrag nicht mehr fragt, wie eine diplomatische Lösung aussehen könnte, setzt einseitig auf Eskalation - ob gewollt oder nicht. Gefragt sind realistische Kompromisslinien [...]

Und jene, die auf einen Abnutzungskrieg setzen oder ihn zumindest in Kauf nehmen, liefern keine realistische Vorstellung davon, was jenseits der „ukrainischen Friedensformel“ das Kriegsziel sein soll.

Zweitens war ein zentrales Element des bisher erfolglosen Ansatzes von Donald Trump, dass russische Interessen in eine Verhandlungslösung einbezogen werden müssten. Diese Interessen bestehen vor allem darin, eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zu verhindern und Gebietsansprüche durchzusetzen - beides für viele Europäer inakzeptabel. Die Erfolglosigkeit westlicher Diplomatie liegt auch daran, dass es keine einheitliche Linie gibt und Russland deshalb auf militärische Fakten setzt. Ist das schändlich? Ja. Gibt es eine bessere Lösung zu vertretbaren Kosten? Derzeit nicht.

Quelle: [Johannes Varwick in der Freitag](#)

3. **Gegen den Genozid**

Weltweit Solidarität für Gaza. Hungerkrieg trifft Geiseln. Empörung in Israel und bei westlichen Verbündeten - nicht wegen Strategie des Aushungerns

Die Diskrepanz zwischen offenkundiger Grausamkeit und Entmenschlichung palästinensischen Lebens sowie der anhaltenden Leugnung ihrer Kriegsverbrechen auf der israelischen Seite ist kaum mehr zu kaschieren, und doch versucht es das ultrarechte Regime unter Premierminister Benjamin Netanjahu. Nachdem die palästinensische Hamas Videos zweier Männer, die sie seit Oktober 2023 gefangenhält, zur Veröffentlichung bereitstellte, überboten sich die Kommentare zu

deren Zustand. Dieser - abgemagert und ohne ausreichende Versorgung - zeigt eigentlich nur, dass nicht nur die zwei Millionen Palästinenser in der seit 22 Monaten unter Dauerbombardement stehenden abgeriegelten Enklave dem Verhungern nahe sind.

Quelle: [junge Welt](#)

dazu: **Just Deutschland unterstützt die ethnische Säuberung in Gaza**

Deutschland verübte den grössten Völkermord der Geschichte. Heute ist Deutschland der zweitgrösste Waffenlieferant Israels.

Völkerrechtler sind sich nicht einig, ob sich Israel einer «ethnischen Säuberung» schuldig macht oder sogar im Begriff ist, einen «Völkermord» zu verüben. Einig sind sie sich, dass Israel mit seiner unverhältnismässigen Zerstörungswut das humanitäre Völkerrecht* in krasser Weise verletzt.

Doch ausgerechnet Deutschland, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg auf «nie wieder» eingeschworen hatte, hilft der rechtskonservativen und teilweise fundamentalistischen Regierung unter Präsident Benjamin Netanyahu, im Gazastreifen auf brutalste und menschenverachtende Weise vorzugehen und im Westjordanland die Palästinenser zu entrechten.

Quelle: [Infosperber](#)

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Wo bleibt in Deutschland der Aufschrei unter CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP über die unsäglichen Gräueltaten gegenüber der Zivilbevölkerung mit dem einzigen Ziel: Die Räumung von Gaza. Die genannten Parteien blieben bisher stumm, haben ihre Glaubwürdigkeit verloren, falls sie künftig die Verletzung von Menschenrechten kritisieren und ihre Einhaltung einfordern. Schlimmere Verstöße als in Gaza kann es kaum geben!*

dazu auch: **Israel: Legitimierung des Zerfalls**

Netanjahu und seine servilen Minister haben große Schuld auf sich geladen. Aber ihre verbrecherische Praxis ist kollektiv legitimiert worden.

Dass Israels Regierungskoalition den Zerfall des Staates, wie er sich im Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger über Jahrzehnte herangebildet hat, befördert, ist mittlerweile zum Konsens gereift. Nach der einen Auffassung ist dies zu begrüßen, nach der anderen handelt es sich um ein bedrohliches Desaster.

Quelle: [Moshe Zuckermann auf Overton Magazin](#)

und: **Bundesregierung soll Worten Taten folgen lassen: Netanjahu kündigt Ausweitung des Gazakrieges an**

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW verurteilt die abscheulichen

Propagandavideos der Hamas - ebenso wie den Terrorangriff vom 7. Oktober auf Schärfste. Sie sind aber keine Rechtfertigung dafür, die gesamte Zivilbevölkerung des Gazastreifens in Geiselhaft zu nehmen, ihnen Nahrungsmittel, Trinkwasser, medizinische Hilfe und Schutz vorzuenthalten.

Auch die Bundesärztekammer hat sich in einer Erklärung vom 29. Juli 2025 zutiefst besorgt gezeigt über die dramatische Verschärfung der humanitären Lage im Gazastreifen. Die medizinische Infrastruktur stehe kurz vor dem Kollaps.

Krankenhäuser seien beschädigt, überfüllt oder vollständig außer Betrieb. Es mangle an sauberem Wasser, Nahrungsmitteln, Medikamenten sowie medizinischer Ausrüstung - mit katastrophalen Folgen für die Versorgung der Zivilbevölkerung. Für die Anschuldigungen der israelischen Regierung, die Hamas habe im großen Stil Hilfsgüter gestohlen, liegen keine Beweise vor, was nun auch hochrangige israelische Militärs bestätigt haben.

Quelle: [IPPNW](#)

4. **Bundesamt: „Keine Neubewertung der wirtschaftlichen Entwicklung“ - nur die längste Rezession aller Zeiten übersehen**

Deutschland schweigt. Während Donald Trump die Chefin einer Statistikbehörde feuert, weil er glaubt, die Behörde habe unangemessene Revisionen von Zahlen vorgenommen, schweigt die politische und ökonomische Elite Deutschlands angesichts der Tatsache, dass das Statistische Bundesamt Revisionen vorgenommen hat, die über Nacht die ökonomische Welt auf den Kopf stellen. Über Donald Trump regt man sich (zu Recht) auf. Ich weiß aber nicht, was schlimmer ist: Die öffentliche Kritik an Zahlen, die vermutlich niemand manipuliert hat, oder das dröhnende Schweigen zu einer Revision, die entweder das Ergebnis einer Manipulation oder das Ergebnis eines grandiosen sachlichen Versagens ist.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

dazu auch: **„Deutsche Wirtschaft im dritten Quartal überraschend gewachsen“: Das Statistische Bundesamt und die BIP-Zahlen - kreative Buchführung und Schönfärberei?**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

5. **Wie Europa in die Knie ging: Balanced Trade oder Merkantilismus?**

Viele wundern sich, dass die EU-Kommission in den Handelsgesprächen mit den USA so wenig erreicht hat. Man hätte doch, so klagt man allenthalben, mutiger auftreten und mit Gegenmaßnahmen drohen müssen. Wie konnte man nur hinnehmen, dass die Amerikaner Zölle erheben und die Europäer einfach nichts tun? Sind die Europäer Angsthasen?

Wer so denkt, weiß nichts über den internationalen Handel und urteilt so, als ob beide Seiten sich ohne weiteres auf Augenhöhe hätten begegnen können. Das ist ein Irrtum, von gleicher Augenhöhe kann nicht die Rede sein. Das liegt aber nicht nur an der schieren Macht der Amerikaner, das liegt auch in der Logik der Sache begründet.

Quelle 1: [Relevante Ökonomik](#)

Quelle 2: [der Freitag \(Bezahlschranke\)](#)

dazu auch: **Die EU kapituliert vor Donald Trump**

Das Handelsabkommen, das EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit Donald Trump abgeschlossen hat, ist eine Demütigung. Das ist kein »Deal«, sondern eine Abhängigkeitserklärung.

Die Europäische Union hat Historisches erreicht. Zwischen dem ersten und dem zweiten Frieden von Thorn, der 1466 die vollständige Niederlage des Deutschen Ordens gegen den polnischen König besiegelte, lagen 55 Jahre. Es dauerte 26 grauenhafte Jahre vom Versailler Vertrag von 1919 bis zum Potsdamer Abkommen von 1945, bis Deutschland sein Recht auf Selbstbestimmung verlor.

Zwischen dem Ersten und Zweiten Opiumkrieg, den die europäischen Kolonialmächte im 19. Jahrhundert führten, um ihrer de facto chinesischen Kolonie brutalste Handelsbedingungen aufzuzwingen, vergingen etwa 21 Jahre. Heute hat die Europäische Kommission nur neun Monate gebraucht, um gleich zweimal ihre bedingungslose Kapitulation zu erklären. In diesem Fall war noch nicht einmal ein offener Krieg vonnöten.

Quelle: [Ingar Solty auf Jacobin](#)

und: **»Ich kann damit machen, was ich will« Trump bezeichnet 600-Milliarden-Investitionen als Geschenk der EU**

US-Präsident Donald Trump interpretiert den Zolldeal mit der EU auf seine eigene Weise: Über die von Brüssel in Aussicht gestellten Milliardeninvestitionen dürfe er frei verfügen. Und er droht mit neuen Zöllen. [...]

Trump wurde nun bei CNBC gefragt, was er tun würde, sollte die EU entsprechende Investitionen nicht tätigen. »Dann zahlen sie Zölle in Höhe von 35 Prozent«, sagte der US-Präsident. Unklar ist aber, wann überhaupt der Fall eines Vertragsbruchs eintreten würde, da die Investitionen auf mehrere Jahre ausgelegt sind.

Die versprochenen Investitionen in Höhe von 600 Milliarden Dollar stünden den USA zur freien Verfügung, behauptete Trump: »Sie haben uns 600 Milliarden Dollar gegeben, die wir in alles, was wir wollen, investieren können.« Trump bezeichnete die Summe als »Geschenk«, das kein Darlehen sei und damit nicht etwa in drei Jahren zurückgezahlt werden müsse. »Die Details sind: 600 Milliarden Dollar, die ich in alles

investieren kann, was ich will, alles. Ich kann damit machen, was ich will«, sagte Trump.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

6. **Schuldenmachen für die Kriegstüchtigkeit: Es gibt kein Halten mehr**

Diese Werte umfassen nicht nur den reinen Verteidigungshaushalt (dieser umfasst aber mehr als 80 % dieser Gesamtsumme), sondern auch Ausgaben für die Ukraine-Hilfe, für die Geheimdienste, für den Zivilschutz usw. Die SZ hat die Daten aus „Regierungskreisen“.

„Steuerfinanziert“ heißt hier: Bis zu 1 % des BIP (das sind in den kommenden Jahren 40 bis 45 Mrd. Euro) werden die Rüstungsausgaben aus dem Normalhaushalt finanziert. Dieser besteht derzeit zu etwa einem Sechstel aus neuen Schulden, zu fünf Sechsteln aus Steuereinnahmen. In „steuerfinanziert“ sind also auch Schulden mit enthalten. „Schuldenfinanziert“ heißt: Alle Kosten dafür, dass wir wieder kriegsfähig und kriegstüchtig werden, die über das 1 % BIP hinaus gehen, sind bereits vorab durch die Schuldenbremsen-Reform im Frühjahr 2025 genehmigt: sie werden pauschal durch Extraschulden finanziert in beliebiger Höhe - also was die Militärs und die Geheimdienste halt so brauchen.

Wir sehen: Wir laufen mit der Hochrüstung in den nächsten Jahren in unfassbar hohe Schulden hinein. Aufsummiert von 2025 bis 2029 sind das rund 420 Mrd. Euro incl. der Schulden-Teilfinanzierung der Basiskosten. Fast 10 % eines deutschen Jahres-BIP macht in fünf Jahren allein die Rüstungs-Mehrverschuldung aus.

Quelle: [isw](#)

dazu: **EU-Haushalt 2028 - 2034: Verschiebebahnhöfe Richtung Aufrüstung**

Der von der EU-Kommission am 16. Juli 2025 präsentierte Vorschlag für den nächsten EU-Haushalt 2028 bis 2034 (Mehrjähriger Finanzrahmen, MFR) hat es in sich: Offensichtlich problematisch ist die drastische Erhöhung des Budgetbereichs „Resilienz und Sicherheit, Verteidigung und Weltraum“ - der Teufel steckt aber wie so häufig im Detail, denn im Kommissionentwurf finden sich darüber hinaus auch noch zahlreiche weitere zumindest potenziell militärrelevante Ausgabeposten, die munter über diverse Budgets verteilt wurden und sich als lukrative Verschiebebahnhöfe in Richtung Aufrüstung entpuppen könnten.

Quelle: [isw](#)

7. **Gefährliche Bürgergeld-Debatte: Populisten spielen „Fleißige“ gegen „Faule“ aus**

Die Debatte ums Bürgergeld wird zunehmend beängstigend. Statt Lösungen für reale soziale Probleme zu suchen, werden Armutsbetroffene diffamiert und gegeneinander

ausgespielt

Die politische „Debatte“ beschreitet einen gefährlichen Weg für Armutsbetroffene. So sagte der baden-württembergische CDU-Fraktionschef Manuel Hagel (und Spitzenkandidat für die bevorstehenden Landtagswahlen 2026) jüngst in einem Interview: „Das Bürgergeld ist eine Ungerechtigkeit zulasten der fleißigen Menschen bei uns im Land.“ Diese Aussage ist nicht nur falsch, sondern auch noch populistisch. Die genannten Fleißigen, damit ist zum größten Teil die arbeitende Mitte gemeint, tragen die größte Steuerlast und leiden, genau wie Armutsbetroffene, unter den Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energiekosten. Dazu kommen die hohen Mietpreise in den Großstädten. Anstatt für die Probleme der Mitte ein offenes Ohr zu haben, werden ihnen die Bürgergeldempfänger als Sündenböcke präsentiert.

Quelle: [der Freitag](#)

dazu: **Klassenkampf von oben: Ruf nach Totalsanktion**

Hetze gegen vermeintliche Faulenzer und Sozialbetrüger hat wieder Hochkonjunktur. Erwerbsloseninitiative plädiert für organisierte Gegenwehr [...]

»Während die Koalitionäre ihren Ton gegenüber Menschen im Bürgergeldbezug immer weiter verschärfen, sind die in der Sache vielfach widerlegten Vorwürfe wie Arbeitsverweigerung und Missbrauch von Sozialleistungen immer wieder dieselben«, gab gestern Heike Wagner gegenüber junge Welt zu bedenken. Sie ist politische Referentin beim »Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit«. Auch die Ziele der Akteure veränderten sich nicht, so Wagner. »Erwerbslose, Beschäftigte und Rentner sollen gegeneinander ausgespielt werden. Dafür schürt man Angst vor sozialem Abstieg, damit die Menschen zu Zugeständnissen bei Löhnen und Arbeitsbedingungen bereit sind.« Zudem lenkt die Politik von den wahren Verantwortlichkeiten ab. Tatsächlich gehen die Rekordausgaben beim Bürgergeld maßgeblich auf die wirtschaftlich verheerende Sanktionspolitik gegen Russland, die so provozierten Mondpreise bei Energie und Lebensmitteln und die wachsenden Erwerbslosigkeit zurück. Gleichwohl hielt die fällige Anpassung der Regelsätze in den Jahren 2023 und 2024 nicht mit der realen Inflation mit, womit die Betroffenen seither faktisch noch schlechter dastehen als davor.

Quelle: [Ralf Wurzbacher auf junge Welt](#)

dazu auch: **Bürgergeld erfolglos: System lässt Erwerbslose „im Stich“ - „wird nur verwaltet“**

Die Bürgergeld-Reform sollte Erwerbslose nachhaltig aus der Bedürftigkeit bringen. Sie sollten nicht mehr in den erstbesten Job vermittelt werden, wo die Gefahr groß ist, dass sie schnell wieder in die Arbeitslosigkeit rutschen. „Mehr Qualifizierung - dieses

Ziel des Bürgergelds ist richtig“, sagte Arbeitsmarktforscher Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) IPPEN.MEDIA. Doch es sei „bisher aber nicht erreicht“, so das Urteil.

Quelle: [Merkur](#)

und: **Debatte über Bürgergeld: Ein ständig wiederkehrendes Ablenkungsmanöver**

Die Regierung und vor allem die Union sollte aufhören, so zu tun, als seien mit Kürzungen am Bürgergeld die wichtigsten Probleme gelöst. Damit lenkt sie nur ab. Die Realität ist komplizierter. [...]

Die Realität aber ist - Überraschung - komplizierter: Ja, kurzfristig ließe sich Geld einsparen, wenn geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer alle kein Bürgergeld mehr bekämen. Im Asylbewerberleistungsgesetz wären es allerdings nur knapp 100 Euro weniger pro Person. Dazu kämen Nachteile wie ein hoher und wohl kostspieliger bürokratischer Aufwand, vor dem der Städte- und Gemeindebund bereits warnt. Und: Im Gegensatz zum Bürgergeld hätten die Menschen aus der Ukraine als Asylbewerber keine Pflicht, sich bei der Suche nach einem Job aktiv zu beteiligen. Was also wäre langfristig damit gewonnen?

Quelle: [tagesschau](#)

8. **Nachhaltige Rentenmärchen**

Bei all den Wenden, Auf- und Umbrüchen gibt es im Sozialwesen Narrative, die eine erstaunliche Haltbarkeit zeigen. Hier das Beispiel Rentenversicherung.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist ein Dauerthema in der deutschen Öffentlichkeit, zu dem sich ständig Wissenschaftler, Journalisten und Politiker äußern - allerdings selten sachlich. So wusste die Tagesschau im Mai als Neuigkeit zu vermelden: „Eine Reform der gesetzlichen Rente gilt als überfällig.“ Woher diese unabweisbare Gültigkeit kommt, bleibt etwas im Nebel, stattdessen wird die Reform als ein Sachzwang behandelt, der sich aus der Lage der Rentenversicherung selber ergeben soll. Marode Unternehmen muss man eben sanieren.

Quelle: [Overton Magazin](#)

dazu: **„Armutszugnis“ und Renten-Desaster - Nur 30 Prozent holen sich, was ihnen zusteht**

Jeder und jedem Fünften in Deutschland reicht das Geld am Monatsende kaum, sie sind von Armut betroffen oder gefährdet. Besonders hart trifft das Rentnerinnen und Rentner. Wenn Altersgeld und Ersparnisse nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt zu sichern, greift der Staat mit der Grundsicherung ein. Die Nothilfe erreicht ein neues Rekordhoch. Doch die meisten Rentnerinnen und Rentner in prekären

Verhältnissen nehmen sie gar nicht erst in Kauf.

Quelle: [Merkur](#)

9. **Vorstandsgehälter: "Schere geht weiter auseinander"**

Die durchschnittliche Gesamtvergütung eines DAX-Vorstandsmitglieds lag im Geschäftsjahr 2024 bei 3,759 Millionen Euro - ein Anstieg um drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die sogenannten Personalaufwendungen pro Mitarbeiter, also Gehälter inklusive Sozialabgaben und Zusatzleistungen, stiegen dagegen nur moderat. Die Folge: Die sogenannte Vertikalität, also das Verhältnis zwischen Vorstandsvergütung und durchschnittlichem Mitarbeiteraufwand, stieg von Faktor 40 auf 41. (...)

Während die Reallöhne in Deutschland 2024 um 1,2 Prozent gestiegen sind - unterstützt durch eine leicht gesunkene Inflationsrate von zuletzt 2,0 Prozent - legten die Vorstandseinkommen stärker zu. Besonders sticht die Deutsche Bank heraus: Ihre Vorstände kamen im Schnitt auf eine Vergütung von 7,095 Millionen Euro. An der Spitze der Vergütungsskala steht Oliver Blume (Volkswagen) mit einer Gesamtvergütung von knapp 10,6 Millionen Euro. Dicht gefolgt von Bjørn Gulden (Adidas) mit rund 10,3 Millionen Euro und Christian Sewing (Deutsche Bank) mit rund 9,9 Millionen Euro.

Quelle: [BR24](#)

dazu: **Besteuert die Reichen: Eine gerechte Vermögensteuer wird gebraucht**
Überreichtum gefährdet den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie. Das zeigt sich nicht nur in den USA, wo Multimilliardäre wie Elon Musk gewählte Politiker:innen beeinflussen und staatliche Institutionen unterhöheln. Auch in Deutschland nehmen Überreiche durch Parteispenden und Lobbyarbeit Einfluss auf die Politik. Neben direkten Einflussversuchen bedrohen Überreiche die Demokratie aber auch auf eine andere Weise: Die starke Ungleichheit schwächt den sozialen Zusammenhalt und schafft einen Nährboden für vermeintlich einfache Lösungen von Rechtsextremen.

Quelle: [FR Online](#)

dazu auch: **Zwei Söhne von Trump gründen Firma, um vom Vater zu profitieren**
Sie bringen ihre Firma «New America Acquisition I Corp.» an die Börse, um von Subventionen und Staatsaufträgen zu profitieren.

Es ist ein Lehrbeispiel, wie man ohne Leistung zu viel Geld kommen kann.

Die beiden älteren Söhne Donald Trump Jr. und Eric Trump haben am 5. August 2025 eine Firma namens «New America Acquisition I Corp.» für einen Börsengang in den USA angemeldet. Falls die 30 Millionen Aktien der Firma beim Börsengang wie geplant mindestens zum Nennwert von je 10 Dollar Käufer finden, beträgt der

Emissionserlös 300 Millionen Dollar.

Quelle: [Infosperber](#)

und: **Genug kann genügen**

Menschen, die immer mehr besitzen wollen, legen nicht nur den Grundstein für Armut, Elend und Krieg — sie machen sich auch selbst unglücklich.

Dass unsere Welt in eine materielle Schieflage geraten ist, wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen führt, welche Bedeutung Geld für verschiedene Menschen hat. Während es den einen schmerzlich fehlt, um zu überleben, stellen andere fast ebenso schmerzlich fest, dass es sie nicht glücklich macht. Welchen Stellenwert schreiben wir dem Habenwollen in unserem Leben zu? Wo ist es notwendig und wo frisst es uns auf? Der erste Teil dieser Beitragsserie hat sich mit den möglichen Hinderungsgründen für eine fortschreitende persönliche Entwicklung beschäftigt. Dieser Teil setzt sich damit auseinander, dass man nicht der reichste Mann auf dem Friedhof werden muss, um zufrieden und glücklich zu sein.

Quelle: [Manova](#)

10. **Herr Klingbeil, gehen Sie mal ins Ruhrgebiet - Zweifel an der SPD**

Es brennt in vielen Teilen des Reviers und die SPD scheint es nicht zu merken, beschrieb es kürzlich ein guter Freund, der immer noch dort wohnt. Ein anderer fragte mich, wo ist eigentlich die SPD? Warum kümmert sie sich nicht um die kleinen Leute, gemeint die Facharbeiterinnen und Facharbeiter, die nicht wissen, wie sie die teure Wohnung bezahlen können, das viel zu teure E-Auto, die sich Sorgen machen um die Ausbildung und Bildung ihrer Kinder. weil die Integration der Geflüchteten eben nicht so funktioniert, wie es nötig wäre. Die Klassen sind zu groß, es fehlen Lehrkräfte an allen Ecken und Enden. Der Strukturwandel von der Kohl- und Stahl-Region hin zu einer Region der Zukunft mit neuen Arbeitsplätzen, Schulen, Kindergärten, Ansiedlung von Firmen mit Jobs und Ausbildungsplätzen, die Zukunft haben, läuft an zu vielen Stellen eben nicht.

Quelle: [Blog der Republik](#)